

Arbeit im Umbruch

Stefan Soost

Die Beschäftigungskrise und der Strukturwandel in der Arbeitswelt sind mittlerweile als Thema in aller Munde. Schlagworte wie Globalisierung, Automation und Computerisierung von Wirtschaft und Arbeit beherrschen die Schlagzeilen. Horror-szenarien machen die Runde. 75 % menschlicher Arbeit könnten bereits jetzt von Maschinen geleistet werden. Im Zuge der Globalisierung und der zunehmenden Automatisierung des Erwerbslebens auch im Dienstleistungsbereich ist das deutsche Modell der Vollbeschäftigung und der stabilen Löhne unter Druck geraten. Auch die anderen Staaten der Europäischen Union befinden sich in einem gesellschaftspolitischen Umbruch, der vor allem durch eine hohe Arbeitslosigkeit geprägt ist.

jobless growth

Es droht eine dauerhafte Unterbeschäftigung und Überproduktion, die unter dem Stichwort „jobless growth“ diskutiert wird. So wird geschätzt, daß bei konsequentem Einsatz der heute verfügbaren Technik in den Betrieben allein in West-

deutschland die Arbeitslosigkeit auf über 38 % steigen würde. Das Problem der strukturellen Massenarbeitslosigkeit läßt sich nicht mehr mit der einfachen Formel „höheres Wirtschaftswachstum führt zu mehr Investitionen“, die sich in mehr Beschäftigung niederschlagen, in den Griff bekommen. Vielmehr zeigt ein Blick in die Börsenspalten der Zeitungen, daß gerade die Rationalisierung und der Abbau von Arbeitsplätzen die Aktienkurse in die Höhe schießen läßt. Shareholder Value und Profitinteressen beherrschen die Unternehmensstrategien, eine deregulierte Marktwirtschaft entledigt sich des sozialen Anspruchs. Die Bonner Versprechen, mit den Mitteln einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die Zahl der Arbeitslosen bis zur Jahrtausendwende zu halbieren, können da nur noch für ein bitteres Hohngelächter bei den Betroffenen sorgen.

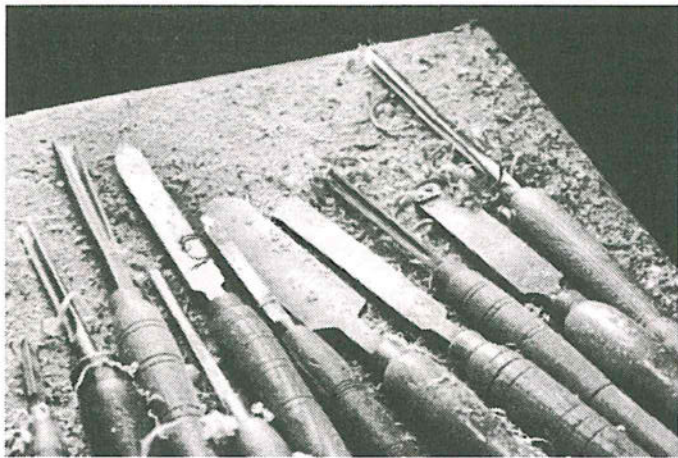
Die Zukunft der Arbeit ist von abnehmenden Steuerungsmöglichkeiten des Arbeitsrechts im Zuge der Forderung nach Deregulierung und Kostensenkung geprägt. Diese Tendenz und der Abbau von Schutzrechten der Beschäftigten läßt sich in vielen Bereichen konstatie-

ren. Das angestrebte Ideal Vollbeschäftigung weicht in der Realität zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen. Die Verortung der Arbeit in der Gesellschaft ist einem tiefgreifendem Wandel unterworfen. Wieviel abhängige Arbeit ist heute und in Zukunft gesellschaftlich noch notwendig? Die negativen sozialen Folgen dieses sich andeutenden Strukturwandels tragen schon heute die auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten und Ausgegrenzten.

Während früher noch fast alle Beschäftigten einen Vollzeitarbeitsplatz hatten und ihrem Betrieb von der Ausbildung bis zur Rente verbunden blieben, steht heute fast ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung in einem gelockerten Beschäftigungsverhältnis. Für die Erwerbsgesellschaft der Vergangenheit war das unbefristete Vollzeitverhältnis der Normalzustand, der mit der zunehmenden Flexibilisierung der realen Arbeitsverhältnisse immer mehr zu einer reinen Fiktion wird. So steigt der Anteil der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse rasant. Diese sogenannten prekären Arbeitsverhältnisse bestehen aus 620-Mark-Jobs, Leih- und Zeitarbeit sowie

vielen immer neu befristeten Stellen. 1970 arbeiteten rund 15 % der abhängig Beschäftigten unter solch unsicheren Bedingungen, 1995 waren es schon etwa doppelt so viele und die Tendenz ist weiter steigend. Daneben spielt die Schwarzarbeit in allen ihren Schattierungen eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

Neben dem Bedeutungsverlust der Vollzeitarbeit aufgrund des Strukturwandels der Beschäftigung ist aber auch ein Rückgang des Arbeitsvolumens aufgrund von Produktivitätszuwächsen zu beobachten. 1991 erbrachten nach Angaben des statistischen Bundesamtes 36,5 Millionen Beschäftigte eine Wirtschaftsleistung von 2,854 Milliarden Mark. 1997 betrug die Zahl der Beschäftigten schätzungsweise nur noch 34,1 Millionen, während die Wirtschaftsleistung etwa 3,134 Milliarden DM gestiegen ist. Immer weniger Beschäftigte erarbeiten also immer mehr. In Westdeutschland ist in der Zeit von 1970 bis 1990 ein

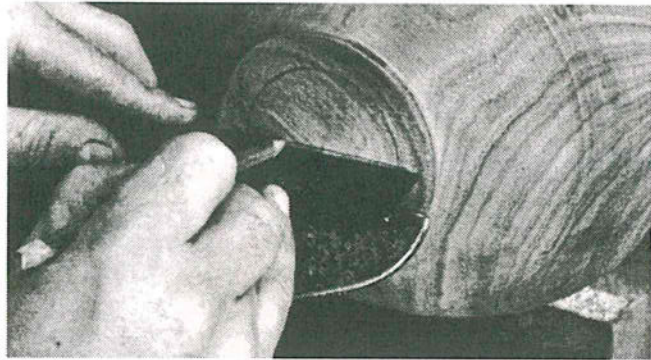


Produktivitätsanstieg von 100 auf 210 Prozentpunkte pro Arbeitsstunde zu verzeichnen. Diese Produktivitätssteigerung hat in den neunziger Jahren eine erhebliche Beschleunigung erfahren, so daß die bisherige Verkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Frage gestellt ist.

Erfolgsmodell USA?

Über den Atlantik schwappt eine Woge mit Erfolgsmeldungen über die Beschäftigungsbilanz der Vereinigten Staaten, die hierzulande manche PolitikerInnen vor Neid erblassen lassen. Die Zahl der Beschäftigten hat sich in den USA von 1991 bis 1997 um fast 14 Millionen erhöht, die Arbeitslosenquote hat im Februar 1998 mit 4,7 % ihren niedrigsten Wert seit 1970 erreicht. Nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftspolitik in Berlin hat zum Stellenboom wesentlich die Inflationsrate beigetragen, die fast über den gesamten Zeitraum höher war als in Deutschland. Dadurch konnten die amerikani-

...schen Unternehmen die Lohnkosten im stärkeren Umfang auf die Preise übertragen, als dies in der Bundesrepublik möglich war. Außerdem ist in den USA durch geringere Produktivitätssteigerungen das Erwerbsarbeitsvolumen in geringem Maße geschrumpft. Daher ist es kein Wunder, wenn sich ähnliche Beschäftigungseffekte in der Bundesrepublik nicht verzeichnen lassen. Ein kontinuierliches und langandauerndes Wirtschaftswachstum bei niedrigen Zinsen fördert nach Ansicht des Instituts für Wirtschaftspolitik die Investitionsnachfrage, die zu Neueinstellungen führt. Über die Zufriedenheit der auf Niedriglohnbasis und Teilzeitstellen eingestellten „McJobber“



und ihre Fähigkeit sich und ihre Familie zu versorgen, sagt dies nichts aus. Ein fehlendes funktionierendes System der Sozial- und Krankenversicherungen lassen viele Beschäftigte in ihrem Kampf gegen Armut und sozialen Abstieg allein.

Das Modell Dänemark zeigt, daß es auch anders geht. Noch Anfang der achtziger Jahre lag die Wirtschaft am Boden und die Arbeitslosenrate kletterte über 12 %. Mittlerweile liegt die Arbeitslosigkeit bei 6,2 %, die Wirtschaft verzeichnet ein jährliches Wachstum von etwa 3 % und der Staatshaushalt registrierte für 1997 sogar einen Überschuß. Vor allem der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zeitigt Erfolge. Wer in Dänemark unter 25 Jahre alt ist und keinen Ausbildungsplatz findet, bekommt spätestens nach sechs Monaten eine Stelle zugewiesen.

Das Modell Dänemark zeigt, daß es auch anders geht. Noch Anfang der achtziger Jahre lag die Wirtschaft am Boden und die Arbeitslosenrate kletterte über 12 %. Mittlerweile liegt die Arbeitslosigkeit bei 6,2 %, die Wirtschaft verzeichnet ein jährliches Wachstum von etwa 3 % und der Staatshaushalt registrierte für 1997 sogar einen Überschuß. Vor allem der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zeitigt Erfolge. Wer in Dänemark unter 25 Jahre alt ist und keinen Ausbildungsplatz findet, bekommt spätestens nach sechs Monaten eine Stelle zugewiesen.

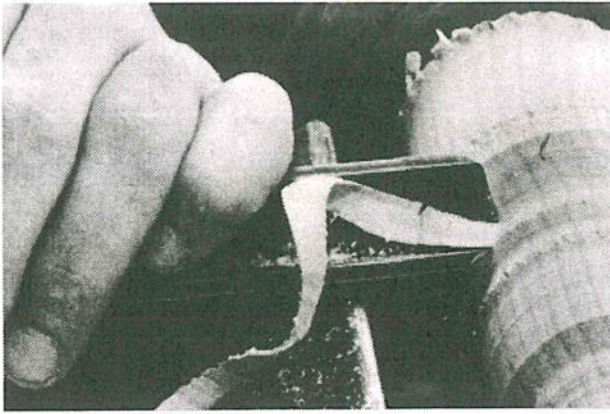


Diese Stelle befindet sich in einem normalen Betrieb oder notfalls in einer der mehr als hundert staatlichen Produktionsschulen. Bei Arbeitsverweigerung wird die staatliche Unterstützung rigoros gestrichen. Wer in Dänemark seinen Job verliert, hat spätestens nach zwei Jahren das Recht auf ein Arbeitsangebot, verbunden allerdings mit der Verpflichtung, diese Stelle anzutreten. Zumutbar ist im Prinzip alles, was irgendwie nach Job aussieht. Wer nicht über die passende Ausbildung verfügt, wird umgeschult. Umgeschult wird auf alles, was eine Anstellung verspricht. Die Kehrseite der Medaille ist eine neue Form von Arbeitszwang, die massiv in die Freiheit des Einzelnen eingreift und die Betroffenen mit ihren Problemen allein läßt. Diese Politik handelt nach dem Motto wer arbeiten kann, der muß auch. Der Erfolg des dänischen Modells, soziale Sicherheit und innovative Sicherheit zu kombinieren, beruht wohl auch darauf, daß die Wirtschaft wächst und der Haushalt konsolidiert ist. Wie schnell aber auch dieses gern angepreisene Erfolgsmodell ins Stottern geraten kann, zeigte jüngst der zweiwöchige landesweite Streik, den die dänische Regierung per Gesetz beendete, weil es keine Fortschritte in den Verhandlungen der Tarifparteien gegeben habe. Ein derartig starker Eingriff in die Tarifautonomie ist in der Bundesrepublik nicht zulässig.

Wandel in der Beschäftigungsstruktur

Der Strukturwandel der Erwerbsarbeit wird dazu führen, daß Vollbeschäftigung im traditionellen Sinn, nämlich als Vollzeitbeschäftigung, immer weniger Personen umfassen wird. So deutet vieles darauf hin, daß im Zuge des Rückganges der bezahlten Erwerbsarbeit immer mehr Menschen Probleme haben werden, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu sichern. Diese Entwicklung wird aber nicht linear verlaufen, sondern unterschiedliche Formen von Privilegierten und Benachteiligten hervorrufen.

Auf der einen Seite ist zu erwarten, daß eine kleine hochqualifizierte Gruppe



von Beschäftigten zu denen gehört, die aufgrund ihres Spezialwissens auch in einer durchrationalisierten Arbeitswelt immer genügend Beschäftigungschancen haben werden. Rifkin spricht hier von „Symbolanalytikern“. Diese Gruppe dürfte allerdings nicht mehr als maximal 20 % der Arbeitskräfte umfassen. Daneben wird es eine größere Gruppe von Personen geben, die in ihrem Erwerbsleben mit größeren Arbeitslosigkeitsperioden rechnen müssen und ansonsten häufig auf schlecht bezahlte Teilzeittätigkeiten angewiesen sein werden. Ein Absturz unter die Armutsgrenze ist nicht ausgeschlossen. Bei der Alterssicherung werden neue Formen in Erwägung zu ziehen sein.

Eine dritte Gruppe wird dauerhaft vom regulären Erwerbsleben ausgeschlossen sein. Dabei ist davon auszugehen, daß einige nie ins Erwerbsleben finden werden, d. h. daß Jugendarbeitslosigkeit direkt in Langzeitarbeitslosigkeit übergeht. Andere werden dauerhaft ausgegrenzt werden. Wie groß der jeweilige Anteil der einzelnen eben skizzierten Gruppen sein wird, hängt weitgehend von den politischen Weichenstellungen der Gegenwart ab. Die zu erwartende Spaltung des Arbeitsmarktes bei gleichzeitiger Reduktion des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsvolumens macht deutlich, daß neue Konzepte zur Lösung der anstehenden Probleme gefragt sind. Zum einen steht die Frage nach einer gerechten und realisierbaren Verteilung des gesamtgesellschaftlich zur Verfügung stehenden Einkommens an, zum anderen ist eine Neubestimmung des Verhältnisses von Mensch und Arbeit notwendig.

Angeichts der zunehmenden Produktivitätsfortschritte wird der Anteil menschlicher Erwerbsarbeit am Produktionsprozeß immer kleiner werden, so daß allein über diese Form von Arbeit der

Lebensunterhalt der meisten erwerbsfähigen Personen nicht gesichert werden kann. Hier rücken staatlich finanzierte Transferleistungen in den Blickpunkt. Stichworte sind ein staatlich finanziertes „Bürgergeld“ für „Bürgerarbeit“ (Beck), das als minimale Existenzsicherung letztlich allen zur Verfügung stehen soll, die darauf angewiesen sind. Andere denken an eine „Grundrente“, die unter anderem durch Schaffung von Einkommen aus Kapitalbeteiligungen finanziert werden könnte, um so das Ungleichgewicht zwischen Kapitalrenditen und Erwerbseinkommen anzugleichen. Zweifelhaft bleibt die Finanzierung, wenn etwas Zählbares oberhalb des Sozialhilfeniveaus herauskommen soll. Bei zu niedrigem Standard wird diesen Zukunftsmodellen die Akzeptanz versagt werden.

Das Verhältnis von Mensch und Arbeit ist bisher davon geprägt, daß sich der Mensch zu einem großen Teil über seine Arbeit bzw. über seinen Beruf definiert. Hier sind Veränderungen in mehrfacher Hinsicht zu erwarten und notwendig. Neben die bezahlte Erwerbstätigkeit wird in verstärktem Maße ehrenamtliche Tätigkeit treten. Die Freizeitgestaltung und Aktivitäten werden ein völlig neues Gewicht für das Selbstverständnis breiter Teile der Bevölkerung erhalten. Die negativen psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit zeigen auf, wo die Gefahren bei diesem Wandlungsprozeß liegen, der mit vielen althergebrachten Vorstellungen brechen wird. Bei dieser Entwicklung steht unsere Gesellschaft

bisher ganz am Anfang. Bevor es soweit ist, stehen ganz konkrete Verteilungskämpfe zwischen den am Arbeitsleben beteiligten Parteien an.

Die Erosion des Arbeitsrechts

Die Erosion des Arbeitsverhältnisses durch Scheinselbständigkeit zeigt auf, wo der Kampf um den ArbeitnehmerInnenstatus heute geführt werden muß. Nicht nur den Betroffenen geht der arbeitsrechtliche Schutz verloren, sondern die Illusion der Scheinselbständigkeit mündet oft auch in dem sozialen Absturz. Unter dem Deckmantel der weltweiten Globalisierung wird hierzulande zur Zeit ein massiver Arbeitsrechtsabbau betrieben. Die Einschränkung des Kündigungsschutzes und die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind nur zwei Beispiele. Für die abhängigen Beschäftigten stellt



sich ganz konkret die Frage, wie drohende Einkommensverluste einerseits und Arbeitslosigkeit andererseits abgewendet werden kann. Zudem ist eine Auslöschung der Tarifautonomie zu konstatieren. Die Umgehung von Flächentarifverträgen durch Tarifflicht zeigt beispielhaft die kommenden Herausforderungen an das Arbeitsrecht auf. Die Arbeitswelt ist im Umbruch. Es geht um die gerechtere Verteilung von Arbeit und von Einkommen, wozu neue rechtliche Rahmenbedingungen und politische Initiativen erforderlich sind. Die arbeitsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten sind heute notwendiger denn je.

Stefan Soost ist Referendar in Berlin.

Literatur:

Friedrich, Bettina, „Arbeitsgelegenheiten“ statt Massenarbeitslosigkeit?, in: *Forum Recht* 2/1998, 59.

Giarini, Orio / Liedtke, Patrick, Wie wir arbeiten werden, Der neue Bericht an den Club of Rome, 1998.

